



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen

02.09.09

Erklärung der Thüringer Bürgerallianz zur Regierungsbildung in Thüringen

Die CDU-Regierung Althaus wurde abgewählt.

Die Wahlergebnisse von den Parteien DIE LINKE, SPD und Grüne machen sichtbar, dass eine Mehrheit der Wähler in Thüringen den Politikwechsel will.

Dieser Wille muss jetzt auch Wirklichkeit werden.

Die Thüringer Bürgerallianz hat sich ebenfalls aktiv für einen Politikwechsel eingesetzt.

Grundsätzlichen Reformen im Kommunalabgabenrecht hat sich die CDU verweigert und war deshalb für uns nicht mehr wählbar.

DIE LINKE und die Grünen haben sich vor der Wahl für Reformen, insbesondere auch für die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge, ausgesprochen.

Die SPD will zumindest die finanzielle Belastung der Bürger durch diese Zwangsbeiträge begrenzen. Insofern sehen wir in der Frage „Kommunalabgaben“ Gemeinsamkeiten zwischen der LINKEN, der SPD und den Grünen.

Wir appellieren deshalb an diese drei Parteien, sich auf die Bildung einer Landesregierung zu verständigen und sich nicht von ideologischen Befindlichkeiten treiben zu lassen.

Demokratische Parteien müssen koalitionsfähig sein.

Es geht um die erfolgreiche Entwicklung von Thüringen.

Eine Landesregierung bestehend aus Linken, SPD und Grünen eröffnet die Chance endlich ein modernes Kommunalabgabenrecht in Thüringen einzuführen.

Von der SPD fordern wir, keinesfalls eine Landesregierung mit der CDU zu bilden.

Eine Landesregierung unter Führung der CDU würde weiterhin Ungerechtigkeit bei Kommunalabgaben zur Folge haben und auch die notwendigen Reformen (z.B. längeres gemeinsames Lernen, gesetzliche Mindestlohn, usw.) blieben auf der Strecke.

Wir lehnen als Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben eine solche Landesregierung ab.

Wir fordern nachdrücklich die LINKE, die SPD und die Grünen auf, den Wählerwillen zu respektieren.

Die gegenwärtige Ausgrenzungsstrategie gegenüber Ramelow ist höchst unwürdig und erschwert die notwendigen Koalitionsverhandlungen.

Schon immer hat die stärkste Partei das erste Vorschlagsrecht für das Amt des Ministerpräsidenten. Darüber kann und muss miteinander gesprochen werden.

Aus unserer Sicht müssen sich SPD und Grüne entscheiden, ob ihnen politische Inhalte und damit eine andere Politik in Thüringen wichtig sind oder ob es ihnen nur um Posten und politische Macht geht.

Wir sehen eine hohe Übereinstimmung in den Wahlaussagen der LINKEN, der SPD und der Grünen. Insofern spricht alles für eine gemeinsame Landesregierung.

Sollten sich SPD und Grüne einer gemeinsamen Landesregierung mit der LINKEN verweigern, würden beide Parteien auch die politische Verantwortung dafür tragen, dass es in Thüringen zu keinem Politikwechsel kommt.

Damit würden SPD und Grüne den Wählerwillen einer Mehrheit in Thüringen missachten und demzufolge einen erheblichen Vertrauensverlust riskieren.

Jetzt besteht die einmalige Chance für eine neue Politik in Thüringen im Interesse der hier lebenden Menschen.

Wir haben hohe Erwartungen in DIE LINKE, die SPD und die Grünen.

Enttäuschen Sie bitte nicht diese Erwartungen.

gez. Peter Hammen

Landesvorsitzender Bürgerallianz Thüringen